

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 25. 33. Jahrg.

18 Juni 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. z. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Rommer, Berlin N24, Elsäßerstr. 95-88, III. Redaktionsschloß:
Montag, Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das Ergebnis der Reichstagswahlen. Rundschau. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentralen der Arbeiter und Angestellten. - **Allgemeines:** Drei Reichstarife wieder neu abgeschlossen. Ortsberichte: Dessau, Dresden, Düsseldorf, Meissen. - **Die photomech. Fächer:** Ortsberichte: Leipzig, Chemigraphen. - **Die Tapetenbranche:** Ortsberichte: Crefeld, Formstecher. - **Feuilleton:** Das geistige Niveau der deutschen Revolution. I. - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Über das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe vom 29. Mai hatten bis zum 14. Juni abgestimmt: Für den Abschluß 125 Kollegen, gegen 66. Da durch die noch fehlenden Städte an dem Ergebnis nicht viel geändert werden kann, haben wir dem Tarifamt die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mitgeteilt. Da auch die Teilnehmer in ihrer Hauptversammlung dem Verhandlungsergebnis zugestimmt haben, ist der Tarifvertrag in Kraft getreten.

Der Verbandsvorstand.

Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Briefadresse: z. Hd. des Geschäftsführers A. Czech, Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

Vierter Nachtrag

zum Verzeichnis der den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe anerkennenden Firmen vom 1. Dezember 1919.

Nachstehende Firmen sind nachzutragen:

- Kreis III, Barmen:** Augustjung Söhne, Lith. Anstalt.
- Bielefeld:** August Adams, C. Brockmann, Gustav Peiniger, Alexander Sander.
- Kreis V, Eßlingen:** Fr Schwahl, Buch- und Steindruckerei.
- Mannheim:** Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H.
- Kreis VI, Nürnberg:** Friedrich Hassmann.
- Kreis VII, Augsburg:** Gebrüder Reichel, K. B. Hofbuchdruckerei.
- München:** J. Rudolph.
- Kreis VIII, Aschersleben:** Georg Gerson.
- Gera-Reuß:** Vereinigte Kunstdruckereien Kurt Lehmann & Co.
- Leipzig:** Adolf Keil, Adolf Lösche, Mehner & Maas, Emil Reiss.
- Kreis IX, Dresden:** Anton Reiche, A.-G. Rabenstein bei Chemnitz: Willy Gröber, Lith. Anstalt.
- Kreis X, Berlin:** Weißbach & Giebel Lithogr. Kunstanstalt.

Nachstehende Firmen sind zu streichen:

- Kreis VIII, Gera:** Walter Müller.
- Kreis IX, Chemnitz:** Seidel & Naumann.
- Dresden:** Kunstanstalt »Mercur« Gebr. Schaik, Berlin, den 1. Juni 1920.

I. A.: Alexander Czech, Geschäftsführer.

Das Ergebnis der Reichstagswahl.

Wenn der 6. Juni als Wahltag wirklich Wahltag gewesen ist, wie man in den Tagen der Wahlschlacht von allen Seiten so oft hören konnte, dann hat das deutsche Proletariat nicht verstanden seine ihm von der Entwicklung ausgesetzten Wechsel zur Einlösung zu bringen. Zwar sind sie zur Einlösung vorgelegt worden, aber hinter den Beauftragten stand nicht die Kraft und Macht, die Einlösung zu erzwingen.

Ob dieser ungenügende Nachdruck in der Uneinigkeit im eigenen Hause seine Ursache hat, bleibt späteren Untersuchungen vorbehalten, aber die Tatsache besteht, daß die Wechsel der Arbeiterschaft auf die zukünftige Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft aufs neue prolongiert worden sind. Die Zeitdauer dieser Prolongation kann von Eingeweihten wohl abgeschätzt werden, sie aber mit Bestimmtheit zeitlich genau abzugrenzen, dürfte mehr sein als ein aussichtsloser Versuch. Die Rechtsparteien, als der sichtbare Ausdruck aller Feinde fortschrittlicher Entwicklung, haben eine erhebliche Stärkung erfahren, die zwar das Kräfteverhältnis zwischen Bürgertum und Proletariat in deutlicher Weise sichtbar macht, aber auch zugleich zeigt, daß die Forderungen des Proletariates nur durch schärfsten Nachdruck in die Tat umgesetzt werden können und der Stimmzettel nur das jeweilige Kräfteverhältnis angibt.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Mittelparteien mit Einfluß der sozialdemokratischen Partei die Kosten der Wahl bezahlen müssen. Die Mittelparteien, deren Vertreter die Regierungssessel drückten, hatten die sicher außerordentlich schwierige Aufgabe übernommen, den Schutthaufen, der als einziger Erfolg der liberal-konservativ-wilhelminischen Gewaltpolitik die Arbeiterschaft in seiner ganzen Schwere drückte, wegzuräumen und das ausgelaufene, ausgeleierte und ausgepowerte Wirtschaftsgetriebe wieder in Gang zu bringen. Allen Menschen recht getan ist schon eine Kunst, die niemand in normalen Zeiten kann, geschweige denn in sozialrevolutionären, und so verschob der Ansturm von rechts und links, angefeuert von der Unzulänglichkeit vergangener Regierungskunst, die politische Konstellation nicht unerheblich. Das Ergebnis der Wahlen zum ersten deutschen republikanischen Reichstag stellt sich dar als ein Ruck nach rechts und nach links. Während die Arbeitermassen in erheblicher Zahl zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abwanderten, sammelte sich alles was dem systematischen Aufbau einer Bedarfswirtschaft feindlich gegenüber steht, um die Fahne der Reaktion.

Das uns zur Verfügung stehende Stimmenergebnis gestaltet sich wie folgt. An Stimmen erhielten:

	Stimmen
die Sozialdemokratische Partei . . .	5531157
die Unabhäng. Sozialdemokr. Partei . . .	4809862
die Deutschnationale Volkspartei . . .	3638851
die Deutsche Volkspartei	3456131
das Zentrum	3500800
die Demokratische Partei	2052509
die christlich-föderalistischen Listen (Bayrische Volkspartei, Christliche Volkspartei)	1254963
die Kommunistische Partei	438199
die Deutsch-Hannoversche Partei	318104

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Gebiete, in denen nicht gewählt werden konnte, wird der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Sozialdemokratische Partei 110,
Zentrum 67,
Demokratische Partei 45,
Christlich-föderalistische Liste 21,

Deutschnationale Volkspartei 65, Deutsche Volkspartei 61, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 80, Kommunistische Partei 2, Bayrischer Bauernbund 4, Deutsch-Hannoversche Partei 5.

Um einen Vergleich gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung zu ermöglichen, geben wir das damalige Ergebnis bekannt. Befont sei, daß auch bei der letzten Wahl 35 Wahlkreise bestanden, jedoch bei der Wahl am 6. Juni nur 32 Wahlkreise beteiligt waren. Abgegeben wurden Stimmen für:

	Stimmen
die Sozialdemokratische Partei . . .	11509048
die Unabhäng. Sozialdemokr. Partei . . .	2317290
die Deutschnationale Volkspartei . . .	3121479
die Deutsche Volkspartei	1345638
das Zentrum	5980216
die Demokratische Partei	5641825

Nach dieser Abstimmung erhielten an Mandaten:

- die Sozialdemokratische Partei 163,
- die Unabhängige Sozialdemokr. Partei 22,
- die Deutschnationale Volkspartei 44,
- die Deutsche Volkspartei 19,
- das Zentrum 91,
- die Demokratische Partei 75.

Ein Vergleich der Zahlen zeigt ganz sinnfällig, daß die Wahl zum Reichstag die sich immer schärfer vollziehende Klassenscheidung dokumentiert. Getreu dem Vorbild der wirtschaftlichen Entwicklung, vollzieht sich auch die politische Scheidung, zwischen deren Rädern die Mitte zermahlen wird. Neben der Sozialdemokratischen Partei hat die Demokratische Partei die meisten Stimmenverluste zu beklagen, und in erheblich geringerer Anzahl ziehen beide Parteien in den Reichstag ein.

Die Parteien, aus deren Mitte bisher die Regierung gebildet wurde, haben die Konsequenzen aus der Wahl gezogen und ihre Regierungsgewalt zur Verfügung gestellt. Die Bildung einer neuen Regierung ist mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt ab, in eine Regierung mit bürgerlichem Einschlag einzutreten, währenddem sich die Sozialdemokratische Partei dagegen wendet, mit den ehemaligen Nationalliberalen in einer Regierung zu sitzen. Die bisherige Regierungskoalition hat wohl auch im neuen Reichstag eine Mehrheit, aber diese Mehrheit ist so klein, daß schon beim Abspringen auch nur eines geringen Teiles dieser Mehrheit die Regierung aufliegen muß. Ob man am Ende eine Regierung, die sich nur auf das bürgerliche Element stützt, zusammenbringt, steht noch dahin. Vorläufig erklären die Demokraten, ohne die Sozialdemokratische Partei in eine Regierung nicht eintreten zu wollen.

Wie sich die Regierungsbildung auch noch vollziehen mag, welche Parteien an ihr auch beteiligt sein mögen, fest steht schon heute, daß die Arbeiterschaft mit den allerschärfsten Kämpfen zu rechnen hat. Die wirtschaftliche Depression im Verein mit der neugeschaffenen politischen Konstellation wird bedingen, daß nur unter den allergrößten Anstrengungen die Arbeiterschaft die bisherige Position zu halten vermag.

In welcher Weise die Betätigung der Gewerkschaften durch die jetzige Situation beeinflusst wird, läßt sich im Augenblick mit voller Genauigkeit nicht sagen. Zwar wird auch eine bürgerliche Regierung nicht wagen, die Gewerkschaften zum offenen Kampf herauszufordern, aber die gegenwärtig zur Bearbeitung vorliegenden Gesetze sozialpolitischer Natur können doch so viel leichter Fußfänger aller Art angeschmiedet erhalten, die die Betätigung der Gewerkschaften außerordentlich erschweren. Jedenfalls tun die Gewerkschaften gut, mit allergrößter Aufmerksamkeit der Entwicklung der Dinge zu folgen, damit im gegebenen Falle auch die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden können.

Dem Proletariat gibt die Reichstagswahl erneut die alte Aufgabe auf, nicht zu erlahmen in der Sammlung der Arbeiter um die Fahne des Fortschritts. Breite Massen der Arbeiter laufen auch heute noch den bürgerlichen Parteien nach und geben den Resonanzboden für deren volksfeindliches Tun ab, während andere Teile des Proletariats in stumpfer Gleichgültigkeit auch heute noch auf der bequemen Pritsche hocken: Auf mich kommts nicht an. Auf den letzten Mann kommt es an! Das muß in die Köpfe des Proletariats hinein. Dann werden auch die Maßnahmen der Stinnes, Wolf, usw., die zickler die Presse und ihre Macht in ihre Hände zu bringen versuchen, elend scheitern. Gerade die letzten Vorgänge auf dem Gebiete des Zeitungswesens sollten der Arbeiterschaft Veranlassung geben, alle bürgerlichen Zeitungen aus ihren Wohnungen zu entfernen, denn noch nie ist so öffentlich der Zusammenhang zwischen Presse und Kapital zur Schau gestellt worden. Dann werden aber auch die andern Pläne scheitern, die so fein ausgedacht sind, der Bedarfswirtschaft den Weg zu versperren.

Rundschau.

Jubiläum. Am 1. Mai konnte der Lithograph »Hans Schäblen«, gebürtig aus Nürnberg, auf eine 25jährige Tätigkeit in der Berlin Neuroder Kunstanstalt in bester Rüstigkeit zurückblicken.

Ein gleiches Jubiläum beging am 25. Mai der Steinrunder »Richard Glaß« in der Firma Rud Neumann, Lithographische Anstalt, in derselben Frische und Gesundheit.

100000 Mitglieder. »Der Tabakarbeiter«, Organ des Verbandes der Tabakarbeiter und ArbeiterInnen Deutschlands, übermittelt den Berufskollegen und -kolleginnen die frohe Botschaft, daß die Organisation jetzt über hunderttausend Mitglieder verfügt. Von dieser Zahl gehören ungefähr 21000 männliche und 51000 weibliche der Zigarrenbranche, 1800 männliche und 20000 weibliche der Zigarettenbranche, 1000 männliche und 2000 weibliche der Rauch- und Schnupftabakbranche, 1000 männliche und 1500 weibliche der Kautabakbranche und einige Hundert Mitglieder anderer Branchen an.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentralen der Arbeiter und Angestellten.

Nachdem die Zentraleitungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bereits am 20. Mai d. Js. die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte aufgerufen hatten, ihren Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften zu vollziehen, werden nunmehr für das Zusammenwirken der freien Gewerkschaften mit den Betriebsräten folgende Richtlinien veröffentlicht:

Richtlinien

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte.

I. Zwecke des Zusammenschlusses.

1. Zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben werden die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Kartell der Afa in einer

Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale der Arbeiter und Angestellten zusammengefaßt.

II. Gliederung.

a) **Industriegruppen:** Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der Afa berufen die Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit. Zu diesem Zweck werden

Gruppen gebildet. Maßgebend für die Einreihung in die Gruppen ist nicht der Beruf, sondern lediglich die Zugehörigkeit zum betreffenden Betrieb. Jede Gruppe führt eine besondere Legitimationskarte.

Gehört zur Gruppe	Farbe der Legitimationskarte:
1 Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe	ziegelrot
2 Baugewerbe und Steinindustrie	grün
3 Bekleidungs- u. Textilindustrie	gelb
4 Chemische Industrie	blau
5 Freie Berufe	rot mit grünem Strich
6 Graphische Berufe und Papierindustrie	rot mit gelbem Strich
7 Holzindustrie	rot mit blauem Strich
8 Landwirtschaft	gelb mit rotem Strich
9 Lebensmittel- und Genussmittelindustrie	gelb mit grünem Strich
10 Lederindustrie	gelb mit blauem Strich
11 Metallindustrie	grün mit rotem Strich
12 Staatliche und kommunale Behörden und Institute	grün mit gelbem Strich
13 Verkehr	grün mit blauem Strich
14 Bergbau, Hütten und Salinen	blau mit rotem Strich
15 Sozialversicherung	blau mit gelbem Strich

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen ergibt sich aus der Anlage.

Ist an einzelnen Orten die eine oder andere Gruppe nur in geringer Zahl vertreten, können sich ihre Angehörigen einer verwandten Gruppe anschließen. Neben den Hauptgruppen können auf Beschluß der Vollversammlung der betreffenden Industriegruppen Untergruppen gebildet werden.

Alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsratsmitglieder haben sich sofort nach erfolgter Wahl bei dem Ortsausschuß des A. D. G. B. und der Afa zu melden, wo sie ihre Legitimationskarte erhalten.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die **Vollversammlung**. Sie entscheidet in ihrer ersten Zusammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mitglieder der Betriebsräte teilnehmen sollen oder ob ein Delegiertensystem eingeführt wird.

b) **Gruppenrat:** Zur Wahl eines Gruppenrates werden von den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und der Afa die gewählten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenberufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, dem von Arbeiter- und Angestelltenseite mindestens je zwei Personen angehören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften an, die an der betreffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) **Generalversammlung der Betriebsräte:** Die Generalversammlung aller am Orte befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortskartell der Afa einberufen, später vom Zentralrat. Die Generalversammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G. B., den Ortskartellen der Afa und deren Sekretären.

d) **Zentralrat:** Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter, der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu treten die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortskartells der Afa sowie ihre Sekretäre.

Wenn der Zentralrat die Anstellung von besonderen Sekretären für nötig erachtet, so ist dazu die Zustimmung des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortskartells der Afa erforderlich.

e) **Vollzugsrat:** Der Zentralrat wählt aus seiner Mitte fünf Personen in den Vollzugsrat, von denen mindestens zwei Arbeiter und zwei Angestellte sein müssen. Weitere fünf Mitglieder des Vollzugsrates werden, nach Übereinkunft der Beteiligten, vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und vom Ortskartell der Afa gewählt.

III. Aufgaben.

a) **Gruppenrat und Gruppenvollversammlung.** Der Gruppenrat führt die Geschäfte der Industriegruppe auf Grund der Beschlüsse der Vollversammlung. Diese soll vor allem mit Unterstützung der Betriebsräte das Material aus den einzelnen Betrieben sammeln, um so den erforderlichen Überblick über das ganze Gebiet einer Industrie zu gewinnen.

Die Gruppenorgane befassen sich mit wirtschaftlichen Fragen ihres Gewerbebezuges. Soweit es sich dabei um gewerkschaftliche Aktionen handelt, bleiben die satzungsgemäßen Befugnisse der Gewerkschaften bestehen.

b) **Generalversammlung der Betriebsräte.** Alle wirtschaftlichen Fragen, die mehrere Gruppen oder die gesamte Arbeitnehmerschaft betreffen, fallen in das Aufgabengebiet der Generalversammlung. Diese stellt ferner gemeinsam mit den Gewerkschaften Richtlinien für die örtliche Tätigkeit der Betriebsräte auf.

c) **Zentralrat.** Der Zentralrat ist der Beirat des Vollzugsrats. In technisch-organisatorischen Fragen entscheidet er selbständig.

d) **Vollzugsrat.** Der Vollzugsrat ist das ausführende Organ der Generalversammlung der Betriebsräte. Er bereitet ihre Versammlungen vor und führt ihre Beschlüsse aus.

IV. Arbeiter- und Angestelltenräte.

Die Arbeiter- und Angestelltenräte können innerhalb der Industriegruppen getrennte Vollversammlungen abhalten, die sich mit den besonderen sozialen Fragen oder Aktionen der Arbeiter oder Angestellten befassen. Die Einberufung erfolgt durch die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder des Gruppenrats im Einvernehmen mit den beteiligten freien Gewerkschaften. Wirtschaftliche Fragen können nur in den gemeinsamen Vollversammlungen der Arbeiter und Angestellten behandelt werden.

V. Wahlen.

Die Wahlen zu den erwähnten Körperschaften erfolgen nach dem Verhältniswahlssystem. Wird ein Delegiertensystem eingeführt, so müssen mindestens ein Drittel der Delegierten Angestellte oder Arbeiter sein. Für die Generalversammlung der Betriebsräte muß jede Industriegruppe durch mindestens 5 Delegierte vertreten sein, von denen je 2 Arbeiter oder Angestellte sein müssen. Wählbar sind nur Personen, die mindestens seit einem Jahr Mitglied einer dem A. D. G. B. oder der Afa angeschlossenen Gewerkschaft sind.

VI. Betriebsobleute.

Die Betriebsobleute der Kleinbetriebe (§ 2 des B. R. G.) sind in der Vertretungsbefugnis den Betriebsräten gleichzustellen.

VII. Finanzierung.

Die Kosten werden vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortskartell der Afa entsprechend ihren Mitgliederzahlen gemeinsam getragen. Es kann zu diesem Zweck eine Umlage erhoben werden.

Weitere Auskünfte über die Zusammenfassung und Tätigkeit der Betriebsräte erteilt die

Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte in Berlin, Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelufer 15, IV. (C. Legien).

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

C. Legien.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Aufhäuser. Urban. Klingen.

Allgemeines.

Teill für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Drei Reichstarife wieder neu abgeschlossen.

Der Beschluß des Magdeburger Verbandstages, daß alle zentralen Tarifabschlüsse erst nach einer Befragung der diesem Tarif unterstehenden Kollegen erfolgen können, wenn sich die Mehrheit für den Abschluß ausgesprochen hat, erweist sich immer mehr als eine Maßnahme, die entgegengesetzt der früheren Annahmen den Tarifgedanken immer fester verankert. Die Tatsache, daß jeder Kollege mit darüber zu bestimmen hat, unter welchen Verhältnissen in Zukunft gearbeitet wird, trägt mit dazu bei, daß auch der einzelne Kollege sich ein Urteil darüber bildet, wie die Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen und die berufliche Lage im besonderen ist. Obwohl gerade die Beratungen zum Zwecke des Neuabschlusses verschiedener Tarife in eine für die Arbeiterschaft besonders ungünstige Zeit fielen und die Ergebnisse dementsprechend auch waren, ist trotzdem von allen davon berührten Kollegen die Genehmigung zum Neuabschluß gegeben worden. Fast überall hat die Kollegenchaft die von uns wiederholt betonte Stellung eingenommen, daß der Abschluß eines Tarifes kein Prinzip, sondern lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit ist und hat trotz der gar nicht zu bestreitenden mageren Ergebnisse die Zustimmung erteilt.

Wie schon in Nummer 24 der »Graphischen Presse« mitgeteilt wurde, hat die Abstimmung über den Tarif für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe dessen Annahme ergeben. Nach dem nun endgültig vorliegenden Stimmzählungen wurden für Abschluß 3892 und gegen 1040 Stimmen abgegeben. 36 Kollegen enthielten sich durch Abgabe weißer Zettel jeglicher Stellungnahme. Wer dieses Abstimmungsergebnis, das sich in einem Verhältnis von 3/4 zu 1 präsentiert, zu einer Bekundung der Befriedigung umwerten wollte, geriete ganz verteuft auf den Holzweg. Im Gegenteil ist in allen Gauen Deutschlands mit aller Unzweideutigkeit zum Ausdruck gekommen, daß dieser Tarifvertrag die vollberechtigten Forderungen der Gehilfen in keiner Weise der Erfüllung zuführt. Neben der Lohnfrage sind es ganz besonders die Arbeitszeit und die Regelung der zu gewährenden Ferientage, die starke Kritiken erfuhren. Trotz allen aus Gehilfenkreisen kommenden Einwänden ist die Arbeitszeit nach wie vor 47 stündig. Erst wenn die Lithographen und Steindrucker des Betriebes ihre Zustimmung geben, kann die Arbeitszeit unter Bezahlung des Zuschlags für Überstunden um die

eine Stunde pro Woche verlängert werden, ohne daß die achtundvierzigste Stunde auf die zulässige Überstundenzahl in Anrechnung kommt. Den Kollegen in den Betrieben ist mit dieser Bestimmung eine Verantwortung übergeben, deren Wahrung ein Spiegel sein wird über die Stellung der Kollegen zur Frage Arbeitszeit. Allerdings ist dabei hinzuzufügen, daß die gegenwärtig vollständig unzulässige Entlohnung in Verkennung der sich notwendigerweise zu ergebenden Folgen sehr leicht ein Eingehen auf die achtundvierzigste Stunde ergeben kann. Trotzdem möchten wir alle Kollegen, die vor die Entscheidung dieser Frage gestellt werden, erneut darauf aufmerksam machen, daß die Erhöhung des Lohnes auf diesem Wege ein Mittel ist, das sich zu guterletzt gegen die Kollegen selbst wenden muß.

Der Tarif für das deutsche Lichtdruckgewerbe, der acht Tage später zur Beratung stand, birgt genau dieselben Mängel in sich in seiner neuen Fassung wie der Steindruckertarif. Auch bei diesen Beratungen war es nicht möglich, die aufgestellten Forderungen der Gehilfen in das Tarifgesetz einzubauen, um ihnen Gesetzeskraft zu verleihen. Mit Ausnahme weniger Paragraphen bleibt der Tarif in seiner alten Fassung und läuft bis zum 11. Dezember 1920, um dann, wenn möglich, mit dem Tarif für das Chemigraphiegewerbe einheitlich und neu bearbeitet zu werden. Auch dieser Tarif ist durch das Votum der zuständigen Kollegen dem Abschluß zugeführt worden. Obwohl noch nicht alle Abstimmungsergebnisse vorliegen, haben doch die großen und ausschlaggebenden Orte mit 125 gegen 66 Stimmen für den Abschluß entschieden. Die wenigen noch fehlenden Orte können wohl die Zahlen noch etwas verändern, aber das Verhältnis nur noch wenig verändern.

Als Dritter im Bunde ist auch der Tarif für die Bromsilber-Kunstdruckindustrie wieder auf ein Jahr zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis der Revisionsverhandlungen deckt sich im allgemeinen mit den Ergebnissen der Verhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe und das Deutsche Lichtdruckgewerbe. Auch die Kollegen der Kunstdruckindustrie haben mit ihrer Meinung über den Inhalt des neuen Vertrages nicht hinter dem Berge gehalten, aber angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage ihre Zustimmung zum Abschluß gegeben. Für den neuen Vertrag soll die Rechtsverbindlichkeit beantragt werden, um dann zu versuchen, auch die einschlägigen Gebiete dem Vertrag zu unterstellen.

Mit der Annahme der Verträge sind auch die in den Verhandlungen vereinbarten Teuerungszulagen rechtswirksam geworden. Obwohl die vereinbarten Teuerungszulagen in den meisten Fällen schon zur Auszahlung gekommen sind, bestand doch die Bedingung, daß sie erst nach Annahme der Verträge allgemeine Gültigkeit haben. Die Auszahlung der Beträge läßt darauf schließen, daß auch die Unternehmer den Tarifverträgen ihre Zustimmung gegeben haben. Für den Verband deutscher Steindruckereibesitzer und dem Verband deutscher Lichtdruckereibesitzer liegt diese Zustimmung schriftlich vor.

Zum Schluß möchten wir noch einige Worte zu jenen Äußerungen aus Kollegenkreisen sagen, die in einem Tarifabschluß einen Verrat an der Arbeiterschaft erblickten. Selbst unter der Annahme, daß alle ablehnenden Stimmen aus prinzipieller Gegnerschaft gegen jeden Tarif abgegeben worden sind - was sicherlich nicht zutrifft - ist doch diese Gegnerschaft so klein, daß sie nicht berechtigt ist alle Tarifreue als Verräter zu bezeichnen. Der Tarifvertrag, von der Warte der Zweckmäßigkeit aus betrachtet, ist unbestreitbar ein Mittel jene Kollegenkreise mit vorwärts zu bringen, die aus eigenem nicht so richtig vorwärts kommen können. Genau so, wie auf einem gemeinsamen Marsche der Kräfte und geschulte zu gunsten der mit weniger Kräften Ausgestatteten erst später das Ziel erreicht, so wird auch bei einem Zentraltarif der aktionsfähige Teil der Arbeiterschaft nicht immer das Erreichen können, was er ohne die Schwächeren zu schaffen vermöchte. Nur die Solidarität in allen Fällen wird die Arbeiterschaft in das gelobte Land des Sozialismus führen und den Kollegen die Erreichung annehmbarer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermöglichen.

Ortsberichte.



Dessau. Die Kollegen fanden sich am 29. Mai zur Abhaltung ihrer Monatsversammlung zusammen. Der Vorsitzende machte eingangs der Tagesordnung einige geschäftliche Mitteilungen, wovon die auch hierorts erfolgte Gründung eines graphischen Kartells Erwähnung verdient. — Dem vorliegenden revidierten Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe wurde durch die interessierten Kollegen zugestimmt. — Sodann nahm die Versammlung einen Vortrag des von Leipzig erschiedenen Kollegen Max Hentschel über »Gewerkschaften und Revolution« entgegen. Redner schilderte eingangs seines Vortrages zunächst die durch die Novemberrevolution 1918 plötzlich ausgelösten politischen Freiheiten, denen solche wirtschaftlicher Art nicht im gleichen Eiltempo folgen konnten. Errungenschaften, wie Achtstundentag, Erwerbslosenfürsorge, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes vermochten die nach Befreiung aus kapitalistischer Fron verlangende

Arbeiterschaft nicht zu befriedigen. Die Enttäuschung hierüber machten die Arbeiter vielfach zu Opfern von Demagogen und unberufenen »Volksbeglückern«. Propheten jeder Art glaubten den Gewerkschaften die Daseinsberechtigung abspredien zu können. Wilde Streiks und gewissenlose Putschereien lösten einander ab. Mit unbedachten Experimenten auf wirtschaftlichen Gebiete wollte man den Sozialismus herbeiführen. Die Uneinigkeit der Arbeiterschaft vergrößerte das Chaos. Erst allmählich erkannte man, daß die wirtschaftliche und soziale Demokratie nicht im Sturm auf einer erst im Anfang stehenden Revolution zu erreichen ist. Die Gewerkschaften als die beruflichen Streiter im Kampfe um die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats traten wieder mehr und mehr auf den Plan. Der verbrecherische Kapp-Putsch wies ihnen mehr denn alle bisherigen Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Kampfe ihre Position an. Klar erkannte die Arbeiterschaft, daß nur einig, geschlossenes und zielbewusstes Handeln den Sieg des Sozialismus verbürgt. Zum Betriebsrätegesetz übergehend, sagte Redner, daß es, zwar gänzlich unzureichend, dennoch den Anfang zur Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens bedeutet. An der Hand einzelner Gesetzesbestimmungen machte er die Kollegen mit der praktischen Anwendung des Gesetzes vertraut. Mit der Aufforderung, unter völliger Außerachtlassung der politischen Meinungsverschiedenheiten die größtmöglichen Nutzenwendungen aus dem Gesetz zu ziehen zu Nutz und Frommen der Gesamtarbeiterschaft, schloß Kollege Hentschel seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. — Bei der Erstattung des Kartellberichtes stand die Frage der Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs zur Debatte. Der zur Finanzierung des Sekretariats erforderlichen Erhöhung des Kartellbeitrages von 15 auf 60 Pfg. pro Quartal stimmten die Kollegen zu. Zur Frage der Organisationszugehörigkeit der Formstehler vertraten die Kollegen einmütig den Standpunkt der Coswiger, wonach unserem Verband als dem allein zuständigen und erfolgreichsten Berufsinteressenvertreter nach wie vor die Treue zu wahren ist.

Dresden. Am 28. Mai fand im Rest »Bürgergarten« eine gut besuchte Versammlung der Dresdener Lithographen und Steindruker statt.

Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde die Maßregelung eines unserer rührigsten Verbandskollegen in der Firma Stengel & Co. besprochen. Um sich dieses Kollegen zu entledigen, hatte die Firma ein Vorkommnis, das sonst unerwähnt geblieben wäre, zum Kündigungsgrund gemacht. Die Versammlung beschloß, diese Angelegenheit dem Tarifschiedsgericht zu übergeben, gegebenenfalls erneut dazu Stellung zu nehmen. Die Kündigung ist als Maßregelung zu betrachten.

In seiner Berichterstattung über die zentralen Tarifverhandlungen schildert Kollege Leinen in erschöpfender Weise die hierbei zu überwindenden Schwierigkeiten und empfiehlt die Annahme des neuen Tarifes.

In der Debatte forderte ein Kollege auf, der politischen Arbeit mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden und für einen guten Ausfall der Reichstagswahl besorgt zu sein. Die Schulung der Betriebsräte müsse energisch in Angriff genommen werden, doch soll das in enger Fühlung mit den Gewerkschaften geschehen. Industrieverbände sind anzustreben. Einige andere Redner erkennen an, daß die erreichten mäßigen Lohnzulagen in der schlechten Wirtschaftslage ihre volle Erklärung finden. Bei der Abstimmung erklärten sich von 274 Kollegen 256 für und 18 gegen den Tarif. Nachdem die Wahlen zum Tarifschiedsgericht vorgenommen und einige kleinere Angelegenheiten erledigt sind, schließt die gut verlaufene Versammlung. *ch. dh.*

Düsseldorf. Am 27. Mai fand für die Lithographen und Steindruker der Düsseldorfer Ortsgruppe eine Versammlung statt, in der zu den Tarifveränderungen und zu den neuen Teuerungszulagen Stellung genommen, sowie über die Annahme des Tarifes abgestimmt wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Versammlung das Ableben des Kollegen F. Herrmann mitgeteilt und sein Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Zu den Tarifänderungen: Daß keine wesentlichen Verbesserungen des Tarifes erreicht werden würden, war vorauszusehen. Anerkennung fand die unbedingte Durchsetzung der 47stündigen Arbeitszeit. Sonst konnte das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht befriedigen. Mit Enttäuschung nahm man die Mitteilung der Teuerungszulage auf. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen wurden von hier wohl anerkannt. Die Ursachen sind ja auch leicht erklärlich und werden bestehen bleiben, solange jede Berufsgruppe für sich operiert. Zur Verminderung dieser Schwierigkeiten und zur Erreichung besserer Berufsverhältnisse wird der zu erstrebende Graphische Industrieverband beitragen, dessen baldige Verwirklichung das Ziel aller Kollegen sein muß. Nachdem vom Vorsitzenden die Annahme des Tarifes mit dem vom Verbandsvorstand angeführten Begründungen empfohlen wurde, ergab die Abstimmung 19 gegen, 12 Stimmen für die Annahme des Tarifes, 2 Zettel weiß, 1 ungültig.

Zum Schluß setzte noch eine lebhafte Debatte über den Streik der Krankenkassenärzte ein, in welcher der Vertragsbruch der Ärzte scharf verurteilt wurde.

Meißen. Am Freitag, den 28. Mai fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Zur Beratung stand unsere neue Tarifvorlage. Jeder einzelne Punkt wurde vom Vorsitzenden verlesen und zur Aussprache gestellt. Die anwesenden Kollegen hätten gern gesehen, wenn manches besser ausgefallen wäre. Man kam zu der Überzeugung, daß die hiesigen Kollegen durch Tarif besser stehen. Die Annahme des Tarifes wurde den Anwesenden warm empfohlen. Die Abstimmung ergab bei 31 anwesenden Kollegen folgendes Resultat: 28 mit Ja, 1 mit Nein und 2 Zettel weiß. Nach Erledigung noch einiger Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.



Leipzig, Chemigr. In der am 20. Mai tagenden Versammlung erstattete Kollege Heilemann Bericht von der letzten Tarifratsverhandlung. In der Diskussion darüber kam zum Ausdruck, daß das Resultat der Verhandlung ein derart trauriges ist, daß die Kollegenschaft Deutschlands nur ein einstimmiges »unannehmbar« entgegenzusetzen müßte. Sieht man sich die 3 Punkte, welche mit der Lohnforderung verknüpft waren, an, so bedeuten dieselben vom ersten bis zum letzten Buchstaben eine weitere Knebelung der Gehilfen. Die bewilligten Lohnzulagen selbst sind ein Hohn, ein Trinkgeld, das man, während die Jünger in den Kurstempeln nicht schon dem Hungertode nahe, den Prinzipalen vor die Füße werfen müßte. Angesichts dieser Tatsachen gibt es nun für die gesamte deutsche Kollegenschaft zu bedenken, ob bei solchem Engegekommen der Unternehmer ein späterer Tarifabschluß von Nutzen sein kann.

Dem Vorgehen der Düsseldorfer Kollegen, dem Beruf Valet zu sagen, wird auch hier in Leipzig stark Rechnung getragen werden, soweit sich anderweitig Arbeitsmöglichkeiten bieten. An dem zurzeit existierenden Arbeitsmangel, aus dem die folgende angenehme Resolution hervorging, tragen das kapitalistische Wirtschaftssystem und zum nicht unerheblichen Teile unsere Herren Prinzipale die Schuld.

Die versammelten Chemigraphen Leipzigs erklären die neubewilligte Teuerungszulage angesichts des Umstandes, daß die amtlich festgestellten Teuerungszahlen für den Mindestaufwand einer 5köpfigen Familie nur für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in Leipzig seit 25. April bis zum 16. Mai um 51,61 Mk. gestiegen sind, für ungenügend.

Sie stellen weiter fest, daß ungelernete Arbeiter im Tiefbau 247,20, in Hochbau 254,40, in der Textilindustrie 230,40, Fabrikarbeiter 216,—, Holzarbeiter 225,60 und Straßenkehrer nach 1jähriger Tätigkeit 211,20 Mk. pro Woche verdienen. Die hochqualifizierten Chemigraphen haben dagegen nunmehr einen Mindestlohn von 199,— Mk.

Da die Bud'druker bisher, ohne Berücksichtigung der neuen Zulage von 36 Mk., schon 197,— Mk. Minimallohn hatten, beauftragt die Versammlung Hauptvorstand und Zentralkommission, unverzüglich weitere Schritte einzuleiten, um den Lohn mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen.

Die Tapetenbranche.

Ortsberichte.



Crefeld, Formstehler. Am 26. Mai tagte hier eine Sektionsversammlung der Formstehler. Punkt 1, Stellungnahme zu den kommenden Tarifberatungen, rief eine lebhafte Debatte hervor. Alle Kollegen standen auf dem Standpunkt, daß unsere letzte Lohnhöhung durch die enorme Teuerung auf allen Gebieten illusorisch gemacht war, ehe wir sie überhaupt in Händen hatten. Nun kommt noch die wöchentliche Steuerabgabe von 20 bis 25 Mark dazu. Wir stehen bedeutend schlechter da wie vorher. Die Kollegen beschloßen daher, den Zentralvorstand zu ersuchen, die Verhandlungen nicht wie beabsichtigt war, von Zentrale zu Zentrale zu führen, sondern unter Hinzuziehung sämtlicher Delegierter, und eine 50prozentige Lohnhöhung zu fordern. Allgemein wurde bedauert, daß man so wenig in der Presse liest, besonders von den rechtsrheinischen Filialen. Die Kollegen scheinen dort noch all in der größten Zufriedenheit zu leben. Hier ist gerade das Gegenteil der Fall. Wir haben hier am linken Niederrhein mit der größten Teuerung zu kämpfen. Da muß ein Ausweg gefunden werden. Es wurde erwogen, ob es nicht möglich sei, die Kollegen dafür zu entschädigen, sei es durch Kinderzulagen oder in anderer Form. Wir fühlen uns hier sehr benachteiligt gegen die Kollegen rechtsrheinisch. Eine Lohnzulage ist dringend geboten, weil es hier unmöglich ist, sich auch nur das allernötigste an Wäsche, Bekleidungsstücken und dergl. anzuschaffen.

In Punkt 2, Betriebsbesprechungen, wurden einige interne Angelegenheiten behandelt. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch die Ferienfrage geregelt.

Feuilleton.

Das geistige Niveau der deutschen Revolution.

Von W. Landa.

Wenn wir nach 18 Monaten deutscher Revolution einmal von höherer Warte aus rückwärts schauen und die verschiedenartige Stellungnahme der einzelnen politischen Parteien und ihrer Anhänger zu den geschichtlichen Vorgängen dieser Zeit einer Kritik unterziehen, dann müssen wir ehrlich bekennen, daß eigentlich niemand frei von Irrtum und Fehlern war. Es soll hier nicht die Rede sein von den offenen und verkappten Feinden der Revolution, auch nicht von jenen eiskalten Philistern, die bar von jedem Empfinden sind und dermaßen von Egoismus strotzen, daß sie selbst bei den bewegtesten geschichtlichen Ereignissen ohne innerliche Regung abseits stehen, ganz und gar aber nicht von allen jenen Lauen, die sich immer auf ihre Neutralität berufen und allen Situationen des Lebens gegenüber keine Parteinahme finden können, die nicht »für« und nicht »gegen« sind, denen aber einstmals die Geschichte ihr Urteil fällen wird nach den Worten des Evangeliums:

»Ich kenne deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du kalt oder warm wärest! Also, weil du lau bist und weder kalt noch warm, so werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.«

Wir denken hier vielmehr an alle jenen, die diese stürmischen Zeiten auch wirklich miterlebt haben, sich stets als ehrliche Freunde der Revolution offen bekannt und die Sache des Sozialismus gefördert haben. Ist auch die deutsche Revolution bisher so ganz ohne Schwung und Elan, nüchtern und trocken verlaufen, so gab es dennoch geschichtliche Momente, die bei allen Vorwärtsdrängenden Jubel und Begeisterung, aber auch Unwillen und Empörung ausgelöst haben.

Wenn nun in diesen Reihen manche Himmelsstürmer zeitweilig den Boden der Wirklichkeit verloren und in Worten und Taten dem Gang der Geschichte vorgegriffen haben, so lag dem nur ihr redliches Bemühen zugrunde, Forderungen des theoretischen Programms ihrer politischen Partei endlich in die Tat umzusetzen. Wenn sie hierbei geirrt haben und in solchen Zeiten der »revolutionären Glutmosphäre, wo die Menschen und Dinge ins riesenhafte wachsen«, manches gesagt und getan wurde, was besser unterblieben wäre, so könnte nur der Außenstehende einen Vorwurf erheben, der selbst ohne Schuld ist; hier aber trifft auch wieder das Wort des Evangeliums zu: »Wer frei von Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie.«

Und wenn vielfach behauptet wird, Politik darf nur mit dem Verstande betrieben werden, so ist demgegenüber hinzuweisen auf Goethes Ausspruch: »In der Weltgeschichte wurde alles wahrhaft Große wohl mit dem Kopf, aber stets unter dem Beistand des Herzens geschaffen« und wenn das Stürmen und Drängen der Welt auch von Schwächen und Fehlern begleitet ist, so sei hier erinnert an die goldenen Worte: »Es irrt der Mensch, so lang' er strebt.«

Gerade deswegen aber ist es notwendig und wichtig, daß nicht nur allein die politischen Parteien in den Zeiten der Sammlung und Ruhe vor sich selbst Rechenschaft ablegen und prüfen, ob der zurückgelegte Weg und die eingeschlagene Taktik richtig war, sondern jeder einzelne hat sich diese Frage vorzulegen, sein Urteil und seine Erkenntnis einer reiflichen Prüfung zu unterziehen und wenn als falsch befunden, sich auch zu revidieren, denn »Vom Irrtum zur Wahrheit reisen die Weisen und die im Irrtum verharren, das sind die Narren.«

Untersuchen wir aber die Mentalität dieser revolutionären Vorhut, die als vorwärts treibende Kraft auf dem Schauplatz der politischen Arena auftrat und die Sache der Revolution verteidigt

hat, so gelangen wir zu einem gerechteren Urteil, wenn wir den Charakter und den historischen Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung einer kurzen Betrachtung unterziehen, denn hieraus resultiert die Geistesrichtung der gesamten Hand- und Kopfarbeiter in Deutschland, die wiederum rückwirkend ist auf alle bestehenden politischen Gruppen.

Es war der Weltruf und zugleich auch der Stolz der deutschen Sozialdemokratie, daß sie - analog den Eigenschaften der deutschen Nation - auf Grund ihrer Wissenschaftlichkeit und Organisationsfähigkeit als geistige Führerin an der Spitze der Internationale marschierte.

Das Organisationstalent schuf in Deutschland die drei größten einheitlichen und geschlossenen Armeen, Partei, Gewerkschaften und Konsumvereine, welche zahlenmäßig und technisch allen Ländern überlegen waren und die Wissenschaftlichkeit bewirkte, daß Deutschland die bedeutendsten Theoretiker und gründlichsten Kenner aller sozialistischen, ökonomischen Lehren und Grundsätze mit all ihren einschlägigen Gebieten aufzuweisen hatte.

Diese an sich höchst wertvollen Bestrebungen, welche doch nur als Mittel zur Erreichung des großen Endzieles zu betrachten waren, wurden allmählich Selbstzweck und die Frage der Verwirklichung des Sozialismus verschwand immer mehr aus dem Bereich der Möglichkeit und wurde hinübergeleitet auf das Gebiet der theoretischen Wissenschaft, über die man zwar eingehend und eifrig diskutierte, aber sonst erschien der Zukunftsstaat als ein gelobtes Land, von dem jeder das eine wußte daß er und seine Kinder es niemals schauen würden. Damit war der Sozialismus zur Glaubenslehre geworden.

Die deutsche Sozialdemokratie war streng dogmatisch geworden, nahm eine konservative Färbung an und war zur Zählmaschine herabgesunken.

Partei und Gewerkschaften zählten eifrig ihre Mitglieder und Stimmen und sahen in der steten Zunahme derselben den höchsten Gewinn, jedoch bei dieser Überschätzung der Quantität wurde die Qualität außer acht gelassen, die geistige Durchbildung und Beweglichkeit der Anhänger vernachlässigt und schließlich wurde der Wert und die Tüchtigkeit des einzelnen nach der Dauer seiner Mitgliedschaft, nach der Anzahl der geklebten Beitragsmarken bemessen und so konnte mit Redt Rosa Luxemburg ausrufen: »Es ist noch immer die alte, selig entschlafene Sozialdemokratie, bei der das Mitgliedsbuch alles, aber der Geist nichts bedeutet.«

In diese Unbeweglichkeit kam plötzlich Leben, als im Jahre 1905 die russische Revolution bereits hohe Wellen schlug; sie fand auch in Deutschland ihren geistigen Niederschlag in der Erörterung des politischen Massenstreiks, der nicht nur allein die Parteitage in Dresden und Mannheim belebte, sondern im ganzen Land die schärfsten Auseinandersetzungen in Wort und Schrift hervorrief.

Unter dem Gesichtspunkt, daß der politische Massenstreik ein revolutionäres Kampfmittel ist, fand er seine Anhänger in den Reihen jener Parteigenossen, die auf dem Boden des Klassenkampfes standen und auch die Überzeugung hatten, daß die historische Entwicklung auch künftighin ihre Wege über Revolutionen und Katastrophen nimmt, jedoch die Mehrheit der führenden Sozialisten stand solchen Aktionen sehr skeptisch, ja sogar feindlich gegenüber, weil man jede Revolution für Deutschland verneinte. Man behandelte die Frage durch die Brille des Bürokraten und »Nurgewerkschaftlers« der sich auf keine Arbeitsruhe bei der Maifeier einläßt, bevor ihm eine genau bestimmte Unterstützung zugesagt wird«, man stellte »Kostenberechnungen« über sold einen Generalstreik an und wieder war es eine Rosa Luxemburg, die schon damals diesen naiven Irrtum richtig stellte, indem sie schrieb: »Im Sturm der revolutionären Periode verwanbelt sich eben der Proletariat aus einem Unterstützung heischenden, vorsorglichen Familienvater in einen »Revolutionsromantiker«, für den sogar das Leben, geschweige das materielle Wohlbefinden, im Vergleich mit den Kampfsidealen geringen Wert besitzt.«

Jedoch, alle jene, welche für eine geistige Revolutionierung und Vorbereitung der Massen auf kommende Klassenkämpfe eintraten, predigten tauben Ohren. Alle ihre Vorschläge wurden abgelehnt und es wurde lediglich im Prinzip beschlossen, daß der »politische Massenstreik wohl als Kampfmittel aufzunehmen sei, jedoch die Anwendung desselben könne nur vom Parteivorstand und der Generalkommission verfügt werden und dadurch war dieser Waffe von vornherein jede Schärfe genommen. Schon der bloße Gedanke, daß auch die deutsche Arbeiterschaft einmal in revolutionäre Kämpfe eintreten könne, wirkte wie ein rotes Tuch und so wurde diese Angelegenheit zu einer theoretischen Frage umgewandelt, über welche man ausgiebig diskutierte, die aber niemals in der Praxis angewendet wurde

In jener Zeit liegt eigentlich der Ursprung der während des Krieges vollzogenen Spaltung, denn auf den Parteitag gab es bereits Fraktionssetzungen der Radikalen und Revisionisten und es bedurfte der Einsetzung der ganzen Persönlichkeit eines August Bebel, um die Partei zusammenzuhalten. Als aber dieser Wächter der stolzen deutschen Sozialdemokratie starb, da erfüllte sich das Dichterwort: Unheil, du bist im Zuge, nimm deinen Lauf.

Die deutsche Arbeiterbewegung kam immer mehr in das reformistische Fahrwasser, man hatte sich eingeschoren auf die gesetzesmäßige, legale Entwicklungstheorie, von welcher die Geschichte nicht mehr abweichen wird. Katastrophen wurden als Schreckgespenste hingestellt, Revolutionen waren überwundene Geschichtserscheinungen, die der Vergangenheit angehörten und die in der Zukunft vielleicht bei einem wilden Völkerstamm ausbrechen könnten, aber niemals zur Tatsache werden könnten bei einem Kulturvolk wie die deutsche Nation. So war die geistige Richtung beschaffen, auf welche die öffentliche Meinung durch die Presse und die namhaftesten Führer bei dem größten Teil der Arbeiterschaft eingestellt war und der Optimismus zeitigte die wunderlichsten Früchte.

Da kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Katastrophe des Weltkrieges und eigentlich waren nun mit einem Schlage all die ruhigen Entwicklungstheorien von der grauisen Hand der Geschichte über den Haufen geworfen.

Das gesamte klassenbewußte Proletariat der Welt blickte nach Berlin und wartete auf die Parole seiner höchsten Instanz, der deutschen Sozialdemokratie.

Wir kennen die Geschehnisse und Beschlüsse jener Tage und wir wissen, daß die seit 7 Jahren betriebene Politik am 4. August nur konsequent durchgeführt wurde und daß sie den Zusammenbruch der internationale und auch den Zusammenbruch der deutschen Partei mitverschuldet hat. All die großen Gewinne, all die stolzen berauschenden Zahlen: 1 Million Mitglieder in der sozialdemokratischen Partei; 4 Millionen sozialdemokratische Wähler; 2 Millionen Leser der Parteipresse; in der entscheidendsten Stunde löste sich alles in blauen Dunst auf.

Im Laufe des Krieges aber stieg die Zahl derjenigen, welche die Politik des 4. August ablehnten und sie fanden die Kraft, gegen den Weltkrieg Protest zu erheben und brachten dies zum erstenmal durch die Hungerstreiks zum Ausdruck.

Partei und Gewerkschaften lehnten die Führung dieser Aktionen ab und so wählten sich die Massen neue Führer aus ihrer Mitte und dies waren die revolutionären Obleute, die man als die ersten deutschen Arbeiterräte bezeichnen kann.

Diese wurden selbst von führenden Sozialisten als Hoch- und Landesverräter bezeichnet und der Staatsanwalt am Reichsgericht in Leipzig hatte bei diesen Hochverratsprozessen ein leichtes Spiel, indem er auf die Flugblätter des Parteivorstandes und der Generalkommission hinwies und dem nichts hinzu zu setzen brauchte. Solch eine Stellungnahme der offiziellen Instanzen mußte bei dem revolutionären Teil der Arbeiterschaft immer größere Verbitterung auslösen

Stellenangebote
Geübter Modezeichner
 für Herren- und Damenmodebilder sucht unter günstigen Bedingungen
Voss, Kunstdruckerei u. Verlag
 Hamburg 5.

Verschiedenes
Kritzpapier
 wieder vorrätig. - Bestellung an
Walter Heinrichs, Köln
 Hildeboldplatz 16.

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstattausbildung.
 Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule Barmen



Wolf's preisgekrönte
Bronzetinktur Kosmos
 bürgt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einer bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Grunddruck hervorragende Wirkung erzielt.
 Eine Probe überzeugt!
J. H. Wolff, G. m. b. H.
 Detmold.

Fachkundige Vertreter, auch ehem. Obermaschinenmeister überall gesucht!

ZINKDRUCKPLATTEN
 1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
CARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50
 Fernruf: Moritzplatz 12 289

Formstecher - Filz
 4,5 mm stark
 sofort lieferbar
Aug Künnecke, Hann.-Linden.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle
 Preis für Inland inkl. Porto 1,80 Mk. ; für Ausland inkl. Porto 3,60 Mk. ;
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.
 Postcheckkonto Leipzig 15078.

Verbandsnachrichten
Achtung! Magdeburg!
 Auskunftserteiler in Magdeburg:
 Für Lithographen und Steindruck: Karl Schmitz, Bahnhofstraße 22.
 Für Chemigraphen: Gustav Grub, Amsdorfstraße 1
 Für Lidtdrucker: Karl Höcke, Rogätzer Straße 9.
 Für Porträtfotographen: Willy Kruschwitz, Sedanring 20.